



Dienstag, 24. Juni 1975

Blatt 1552

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal: Wiener Gemeinderat
(rosa)

Lokal: Koreanischer Besuch in der Strauß-Ausstellung
(orange)
Auch heuer wieder: Tischtennis im Rahmen der
"Sportplätze der offenen Tür"

Wien: Steigerung der Nächtigungszahlen in 15 Jahren
um 63,4 Prozent

Kultur: Eröffnungskonzert mit den Wiener Symphonikern
(gelb)

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So.
14 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

24. juni 1975

'rathaus-korrespondenz'

blatt 1553

l o k a l :

=====

koreanischer besuch in der strauss-ausstellung

1 wien, 24.6. (rk) der staatsminister fuer die wiedervereinigung der republik korea, prof. dr. doh sung sheen, besuchte am montag in begleitung des koreanischen botschafters in oesterreich, p.w. han, die johann strauss-ausstellung der wiener stadtbibliothek im rathaus. er zeigte sich vom gesehenen sehr beeindruckt. (pr)

0910

L o k a l :

=====

auch heuer wieder:

tischtennis im rahmen der "sportplaetze der offenen tuer"

2 wien, 24.6. (rk) zum zweiten mal wird heuer im rahmen der "sportplaetze der offenen tuer" eine tischtennis-aktion durchgefuehrt. ab 30. juni, montag bis freitag von 14 bis 17 uhr, haben kinder im alter von 6 bis 14 jahren die moeglichkeit, in den tt-hallen 16, floetzersteig 115, 16, kirchstetterngasse 57, michelbeuernhalle, 18, waehringer guertel 40 und in der donauparkhalle den tischtennissport zu betreiben.

unter anleitung von sportlehrern des tt-verbandes wien soll die jugend nicht nur "ping-pong" spielen, sondern den in wien besonders beliebten sport auch erlernen. (ka)

0912

k u l t u r :

=====

eröffnungskonzert mit den wiener symphonikern

3 wien, 24.6. (rk) am kommenden donnerstag, den 26. juni, beginnen heuer die veranstaltungen des musikalischen sommers mit dem eröffnungskonzert im arkadenhof des wiener rathauses. die wiener symphoniker werden unter der leitung von guenther h e r b i g die symphonie hv (roem) 1/97 von josef haydn, das klavierkonzert in g-dur von maurice ravel und die 6. symphonie von p. i. tschaikowsky spielen. solistin ist maria littauer. restkarten fuer das um 20 uhr beginnende konzert (bei schlechtwetter findet das konzert im musikverein statt) gibt es an der vorverkaufskassa beim rathaus, eingang lichtenfelsgasse. (may)

0914

L o k a l :

=====

wien: steigerung der naechtigungszahlen in 15 jahren um
63,4 prozent

4 wien, 24.6. (rk) um 63,4 prozent ist die zahl der naechti-
gungen in gewerblichen beherbergungsbetrieben (die privatquartiere
scheinen in der wiener statistik nicht auf) in wien zwischen 1960
und 1974 gestiegen. waehrend 1960 2,160.000 naechtigungen registriert
wurden, waren es 1974 bereits 3,530.000. damit ist die steigerungs-
rate bei den naechtigungszahlen in diesem zeitraum in wien wesent-
lich hoeher als in vergleichbaren oesterreichischen staedten. in
salzburg betrug sie im selben zeitraum 8,2 prozent, in innsbruck
3,6 prozent. das ist eines der ergebnisse des fremdenverkehrs-
konzeptes fuer wien, das dienstags dem wiener gemeinderat vorgelegt
wurde. dieses fremdenverkehrskonzept ist im wesentlichen das ergeb-
nis der im vergangenen jahr durchgefuehrten fremdenverkehrsenquete
und einiger vom fremdenverkehrsverband in auftrag gegebenen
statistischen erhebungen und studien.

dem grundlagenmaterial zum fremdenverkehrskonzept ist auch zu
entnehmen, dass dieser ueberaus positive aufwaertstrend bei den
uebernachtungszahlen in wien auch bei kongressen und tagungskreisen
zu verzeichnen ist. hier konnte zwischen 1960 und 1974 sogar eine
steigerung der teilnehmerzahlen um hundert prozent verzeichnet
werden (1960 waren es 30.000 teilnehmer, 1974 60.000), waehrend die
gesamtzahl der in wien veranstalteten kongresse und tagungen um
64 prozent gestiegen ist. wien zaehlt damit trotz staerkster inter-
nationaler konkurrenz zu den beliebtesten kongressstaedten der welt.

diese positive entwicklung im wiener fremdenverkehr zeigte sich
auch im fremdenverkehrskrisenjahr 1974: waehrend gesamtoester-
reichisch die naechtigungszahlen um 2,3 prozent zurueckgingen und in
manchen bundeslaendern der rueckgang bis zu 15 prozent betrug, konnte
wien ein gleichbleiben der naechtigungszahlen registrieren. dabei
zeigte sich, dass der auch in wien spuerbare rueckgang von ueber-
nachtungszahlen bei gaesten aus den usa und grossbritannien hier
durch ein gleichzeitiges steigen von touristen aus der brd, der
schweiz und ein leichtes steigen des inlandtourismus wettgemacht

./.

werden konnte. 1974 hatte bei der gesamtuebernachtungszahl die brd mit 25,1 prozent die fuehrende position, gefolgt von oesterreich mit 13,9 prozent und den usa mit 12,6 prozent. was die altersstruktur der gaeste anbetrifft, so dominieren die gruppen der 31- bis 50jaehrigen (35 prozent) und der 20- bis 30jaehrigen (34 prozent). am schwaechsten vertreten sind die ueber 65jaehrigen (4 prozent) und die unter 20jaehrigen (7 prozent).

was die wuensche der gaeste in bezug auf betriebsgroesse und lage der hotels anbetrifft, so werden hotels mit standort in der city bevorzugt. dieser standort trifft groesstenteils fuer hotels der gehobenen kategorien zu, waehrend die haelfte der hotels der kategorie d und mehr als ein drittel der c-betriebe ausserhalb des quertels liegen. 20 prozent der gaeste konnte 1974 trotz der bereitschaft zu erheblicher finanzieller mehrbelastung der wunsch nach einem zimmer mit bad noch nicht erfuehrt werden. (may)

Kommunal:

=====

Wiener Gemeinderat:

Kultur, Jugend und Bildung

=====

Wien, 24.6. (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Leopold Gratz nahm Dienstag früh der Wiener Gemeinderat seine unterbrochene Sitzung mit der Behandlung des Kapitels III "Kultur, Jugend und Bildung" wieder auf. Berichterstatterin Vizebürgermeisterin Gertrude Fröhlich-Sandner (SPÖ) wies auf den Anstieg der Nettoausgaben um 108 Millionen Schilling hin.

Der Familienförderung diene unter anderem die Enquete "Methoden moderner Familienfürsorge", die Erweiterung der Mütterschulen zu Elternschulen, die Ausweitung der Rechtsberatung und die Elternrunden in den Kindergärten.

Bei den Kindergärten konnte eine wesentliche Steigerung des Platzangebotes - 544 neue Kindertagesheimplätze - erzielt werden. Damit könnten zusammen mit den Privatkindergärten bereits 62 Prozent versorgt werden. Auch der im Vorjahr begonnene Versuch, Tagesmütter habe sich so gut angelassen, daß er in Zukunft vor allem in den neuen Wohnvierteln weiter ausgebaut werden soll.

Neben den Kindergärten käme vor allem den Heimen für Kinder und Jugendliche eine steigende Bedeutung zu. Hier habe in den letzten Jahren neben einer Verstärkung des therapeutischen Angebotes vor allem eine einschneidende Änderung des Führungsstiles Platz gegriffen. Von diesem Veränderungsprozeß sei nicht nur das Verhältnis Kind-Erzieher betroffen, sondern auch die bauliche Substanz: Im Berichtsjahr wurden für bauliche Verbesserungen 22 Millionen Schilling aufgewendet.

Die Berichterstatterin wies weiter darauf hin, daß im Berichtsjahr für den Arbeitsbereich der Schulverwaltung 2.266 Millionen Schilling zur Verfügung gestanden seien, davon 360 Millionen Schilling an Bauaufwand. In Wien werden alle vom Unterrichtsministerium deklarierten Schulversuche durchgeführt.

Besonders erfolgreich sei der Schulversuch Ganztagsschule: Er habe so viele Anhänger gefunden, daß nun beabsichtigt sei, in den kommenden Jahren ein Netz von Ganztagsschulen in Wien zu errichten. Die Stadt Wien führe aber, und das seit Jahren, auch zwölf Tagesheimschulen.

Neben dieser bedeutenden Leistung für die Nachwuchsbildung habe die Stadt Wien aber auch die Erwachsenenbildung nicht vernachlässigt. Allein der Beitrag der städtischen Büchereien - im Berichtsjahr wurden 40,2 Millionen S dafür zur Verfügung gestellt, was eine Steigerung um 272 Prozent seit 1970 bedeute - sei beachtenswert. Auch der Ausbau der Häuser der Begegnung sei 1974 zügig vorangeschritten, drei weitere Kulturzentren stehen vor der Vollendung. Das beabsichtigte Haus der Begegnung im Amerlinghaus am Spittelberg werde baulich geprüft und alle Vorarbeiten für die Revitalisierung durchgeführt.

Als weitere Schwerpunkte der Bildungs- und kulturellen Arbeit betonte die Berichterstatterin vor allem die Aktivitäten zur Anregung immer weiterer Bevölkerungskreise zu kreativer Tätigkeit. Hier sei man vor allem von dem Grundsatz ausgegangen, daß es nicht genüge zu warten, bis jemand die vorhandenen Einrichtungen selbst benütze, sondern daß man diese dorthin bringen müsse, wo die Menschen eben sind. Die Öffnung der Schulen, Straßentheaterveranstaltungen, vermehrte Ausstellungen, verstärkte Bezirksveranstaltungen und das Ferienspiel sowie die Aktionen in den Februarferien seien ein Teil dieses verstärkten Bemühens. Das gelte ebenso für die finanzielle Unterstützung der in Wien zahlreich vorhandenen Vereine und Institutionen. Dabei sei man sich der Problematik der Bewertung der Förderungswürdigkeit durchaus bewußt.

Eine starke Zunahme habe die Förderung von Theatern und Orchestern erfahren. Dies sei teilweise durch die Arbeitszeitverkürzung und Gehaltserhöhungen hervorgerufen. So stiegen allein die Zuwendungen für das Theater an der Wien zwischen 1970 und 1974 von 18,9 auf 41,2 Millionen S, für die Wiener Bühnen von 34,1 auf 56,3 Millionen S und für die Symphoniker von 15,4 auf 27,6 Millionen S. Das Problem, ob zuwenig, zuviel oder vor allem zuviel Hochkultur gefördert werde, könne man wohl nur dadurch lösen, daß man gleichzeitig wertvolles Überliefertes pflege und dem Gegenwärtigen eine Chance gebe.

Auf die in letzter Zeit durchgeführten Untersuchungen über das Freizeitverhalten der Österreicher eingehend, stellte die Bericht-erstatte(r)in fest, daß man bei aller Frustration über die gegenwärtige Situation doch nicht außer acht lassen dürfe, daß zu keinem Zeitpunkt der Vergangenheit die kulturelle Teilnahme der Bevölkerung größer gewesen sei als heute. Sicher sei die Entwicklung des kulturellen Bewußtseins angesichts der bereits gegebenen materiellen und zeitlichen Möglichkeiten zu kurz gekommen. Aber die Einsicht, daß der Mensch nicht im Konsum allein seine Erfüllung finden kann, beginne sich bereits durchzusetzen.

Auf das Gebiet der Altstadterhaltung habe Wien im vergangenen Jahr durch die Schaffung zahlreicher Schutzzonen und durch die Bereitstellung von 35 Millionen Schilling für Restaurierungsarbeiten bedeutende Leistungen erbracht. Dieser Beitrag zur Erhaltung der Eigenart unserer Stadt bewahre nicht nur die Atmosphäre für ihre Bürger, sie komme auch dem so wichtigen Bereich des Fremdenverkehrs zugute. Nach den Markterhebungen des Fremdenverkehrsverbandes sei ein Rückgang des qualifizierten Einzelgastes zugunsten eines Vormarsches von Gruppenreisenden erkennbar. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer bei Gästen sei kürzer geworden. Der Bestandsaufnahme der bisherigen Entwicklung aber auch der Erstellung eines Maßnahmen- und Forderungskataloges der Fremdenverkehrswirtschaft für die nächsten Jahre habe die Fremdenverkehrsenquete 1974 gedient, deren Ergebnis nun in Form des Fremdenverkehrskonzeptes für Wien dem Gemeinderat vorliege (siehe RK-Bericht). (may)

Debatte

Als erster Debattenredner stellte GR. Dkfm. Bauer (FPÖ) fest, der Rechnungsabschluß bestätige die Befürchtung, daß mit Subventionen sehr großzügig, allzu großzügig umgegangen wird. Wurden 1973 154 Millionen Schilling für Subventionen ausgegeben, waren es im Vorjahr 181 Millionen. Die Berechnungen des Kontrollamtes hätten beispielsweise ergeben, daß der Verband der Wiener Volksbildung, der 17,2 Millionen Schilling erhalten hatte, nur einen Subventionsbedarf von 15 Millionen nachweisen konnte.

Beim Wiener Theaterdirektorenverband wurde ein um 2,5 Millionen Schilling geringerer Subventionsbedarf festgestellt, beim Institut für Stadtforschung sei eine Verminderung der Subvention um 1,7 Millionen Schilling empfohlen worden.

Fairerweise müsse zugegeben werden, daß die Überprüfung des Subventionsbedarfs durch das Kontrollamt über Ersuchen des Kulturamtes erfolgte, das sich selbst nicht in der Lage sah, von sich aus derartige Prüfungen durchzuführen.

Im Gegensatz zur großzügigen Subventionsvergabe wurden die Ausgaben für den Ausbau der Kindertagesheime um 23 Prozent reduziert, obwohl erklärt worden sei, daß die Erweiterung des Angebots an Kindergartenplätzen als vorrangig behandelt werde.

Obwohl das Kontrollamt bereits 1973 festgestellt hatte, daß die Einnahmen aus dem Kulturschilling nicht widmungsgemäß für die Altstadterhaltung verwendet wurden - der Großteil der Gelder wurde einer Sonderrücklage zugeführt - wurden auch im Vorjahr nur 33 Millionen für Altstadterhaltung und Denkmalschutz ausgeschüttet, während die Einnahmen aus dem Kulturschilling 43 Millionen betragen haben.

Die FPÖ werde dem Rechnungsabschluß nicht zustimmen.(we)

Fragen der Kulturförderung

GR. Dr. Erika Danzinger (ÖVP) befaßte sich in ihrem Debattenbeitrag mit Fragen der Kulturförderung. Sie kam dabei auch auf das vom Kulturamt durchgeführte Aktivierungsprogramm zu sprechen, in dessen Rahmen auch ein Fotowettbewerb durchgeführt wird. Die Naturfreunde sind hier die Organisatoren. Niemand dürfe es aber dann wundern, meinte Danzinger, wenn man in diesem Zusammenhang von "Parteiwirtschaft" spreche. Die Rednerin trat für eine Intensivierung der Beziehung Schule-Museum, Schule-Theater ein. Hier wären Investitionen gut angelegt, denn Demokratisierung der Kultur bedeutet, von Kindheit an Zugang zur Kunst zu eröffnen.

Die Hinführung zur Kreativität sei gerade im Kindesalter wichtig, sagte Danzinger, daher komme den Kindergärten eine sehr große Bedeutung zu. Sie bedauerte, daß auf diesem Sektor ein Rückgang der Investitionen zu verzeichnen sei. Dem Ausbau

des Kindergartenwesens müsse, wenn man zukunftsorientiert sein will, der erste Rang eingeräumt werden.

Für Literaturförderung seien im Budget 1974 im Rahmen der Kulturförderung leider die mit Abstand geringsten Mittel zur Verfügung gestellt worden: Wien sei zur Zeit keine Literaturstadt. Hier müßte man mehr Tätigkeiten entwickeln und fördern. Was die Wiener Festwochen betreffe, so seien sie im Laufe der Zeit zur Routine erstarrt und müßten eigentlich im derzeitigen Zustand abgeschafft werden. GR. Danzinger trat für die Veränderung des Programms und des Terminkalenders der Festwochen sowie für die Setzung von Schwerpunkten in den Bezirken ein. Sie betonte auch die Notwendigkeit eines Kulturförderungsgesetzes. Die Rednerin brachte schließlich namens ihrer Fraktion drei Anträge ein. Der erste Antrag gilt der Einsetzung einer Kommission, die die Voraussetzungen zur Förderung des Kulturverständnisses von Kindern und Jugendlichen in der Begegnung Schule-Museum und Schule-Theater überprüfen soll. Im zweiten Antrag wird verlangt, daß Studierenden der Filmakademie und anderer einschlägiger Ausbildungsstätten aus Mitteln der Jungfilmförderung Aufenthaltsstipendien gewährt werden mögen. Im dritten Antrag wird ersucht, daß Vizebürgermeisterin Fröhlich-Sandner ihren Einfluß geltend machen solle, damit der Filmverleih der Wiener Stadthalle mehr künstlerisch wertvolle Filme in sein Verleihprogramm aufnimmt. (am)

Lebensqualität und Demokratisierung

GR. Dr. Müller (SPÖ) befaßte sich in seinem Beitrag sehr ausführlich mit Fragen der Lebensqualität und Demokratisierung, die er als Schlüsselfragen der Kulturpolitik bezeichnete. Lebensqualität bedeute mehr als reine Konsumation und materielles Besitzdenken. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen unterstrich der Redner die Bedeutung der Volksbildung im Rahmen der Kulturpolitik und nannte die Lösung sozialer Probleme als eine Voraussetzung für eine wirksame Kulturpolitik. (zi)

Kritik an Schulversuchen

Kritik an den derzeit in Wien laufenden Schulversuchen übte GR. Prof. Zörner (ÖVP), wobei er sich besonders gegen eine rasche Einführung der Gesamtschule aussprach, wie sie nach Ansicht von Stadtschulratspräsident Hofrat Dr. Schnell auf Grund der bisherigen Erfahrungen für möglich erachtet werde. Die bisherigen Untersuchungsergebnisse über die Schulversuche reichten dazu nicht aus. Das Ausmaß der Erfahrungen sei weder in pädagogischer noch in finanzieller Hinsicht bekannt. Bei der Betreuung der Schulversuche in Wien seien im Gegensatz zu allen anderen Bundesländern Ungereimtheiten festzustellen. Es gelangten nur gefilterte Meldungen nach "oben". Es wäre der Zeitpunkt gekommen, meinte der Redner, daß die Hauptverantwortung für die Schulversuchsbetreuung Landeshauptmann Gratz als verfassungsmäßiger Stadtschulratspräsident zu übernehmen hätte.

GR.Zörner forderte schließlich Bürgermeister Gratz auf, seinen Einfluß bei der Bundesregierung geltend zu machen, um einen "Schildbürgerstreich" zu verhindern. Obwohl im kommenden Schuljahr drei neue Bundesschulen in Wien zumindest teilweise in Betrieb genommen werden, sei die Dienstpostenvermehrung abgestoppt worden. Anstelle von Schulwarten sollen die Reinigungsarbeiten in den Schulen Reinigungsanstalten übertragen werden. Nach den geltenden Stundenlöhnen würde die Arbeitsleistung eines Beschäftigten solcher Anstalten monatlich 16.700 S kosten. Um diesen Betrag könnten zweieinhalb bis dreieinhalb Schulwarte angestellt werden. (smo)

Lob für Fremdenverkehrskonzept

Die Vorlage eines Fremdenverkehrskonzepts komme gerade zur rechten Zeit, stellte GR. Schneider (ÖVP) fest. Eine kürzere Aufenthaltsdauer und eine geringere Ausgabefreudigkeit der Gäste seien kennzeichnend für den konjunkturellen Abschwung. Gerade in einer solchen Zeit seien gemeinsame Anstrengungen notwendig. Die Wirtschaft werde auf jeden Fall ihren Beitrag leisten, sagte der Gemeinderat. Man solle nie vergessen, daß eine Verbesserung des Fremdenverkehrsangebotes nicht zuletzt auch den Wienern zu Gute komme.

Stadt Wien ist jugendreundlich

Die Leistungen der Stadt Wien für die Jugend hob GR. Wiesinger (SPÖ) in seinem Debattenbeitrag hervor. Rund sieben Achtel des Budgets dieser Geschäftsgruppe werden für die Jugend ausgegeben, sagte der Gemeinderat. Daher spiegelt sich in den Schulstatistiken die gute Arbeit der Stadt Wien. So liegt die Schülerzahl pro Klasse mit 29 bedeutend unter der vom Gesetzgeber geforderten Höchstzahl von 36. Ein Lehrer kommt auf 20 Schüler. Dieselben positiven Ergebnisse können für den Schulbau- und die Renovierung, sowie für die Ausstattung mit Lehrmitteln ausgewiesen werden, erklärte GR. Wiesinger. Im folgenden bekannte sich GR. Wiesinger zu den durchgeführten Schulversuchen: sowohl in der Anzahl der Versuche als auch im Engagement der beteiligten Personen ist Wien führend in Österreich. Die Kritik von GR. Prof. Zörner gehe, so Wiesinger, daneben: Die Entscheidungen über die Schulversuche werden nicht vom Präsidenten des Stadtschulrates gefaßt, sondern vom Stadtschulratskollegium. In diesem Organ werden demokratische Entscheidungen getroffen, betonte GR. Wiesinger.

Verein soll Erziehungshilfe übernehmen

GR. Dr. Maria Flemming (ÖVP) kritisierte die mangelnde Initiative der Stadt Wien auf dem Gebiet der Jugendwohlfahrt und Jugendfürsorge. Es sei heute eine unter Fachleuten nicht mehr diskutierte Tatsache, daß in einer Heimgruppe nicht mehr als sechs bis zehn Kinder auf einen Erzieher kommen sollten. In den städtischen Heimen mit Ausnahme der Stadt des Kindes und des Heimes "Am Werd" betrüge die Größe der Gruppen aber 20 bis 25 Kinder. Noch ärger sei die Situation bei der Betreuung von Kindern und Jugendlichen in den Familien durch die Fürsorgerin. Eine Fürsorgerin sei für 150 bis 200 Kinder und Jugendliche zuständig. Die Tatsache, daß in den anderen österreichischen Bundesländern diese Zahlen teilweise noch höher seien, könne nicht als Entschuldigung gelten.

Dies bedeute natürlich, daß die Fürsorgerinnen zeitmäßig hoffnungslos überlastet seien und damit praktisch gezwungen, alle modernen Erkenntnisse der Sozialpädagogik und der psychologischen Wissenschaften außer acht zu lassen. An eine Betreuung nicht nur des Jugendlichen selbst, sondern auch seiner Familie, die in 90 Prozent der Fälle der Grund für das Scheitern des Kindes sei, sei unter diesen Umständen natürlich nicht zu denken. Aber nur eine wirksame Hilfe für die ganze Familie und eine Änderung ihrer Situation könne, wenn sie rechtzeitig erfolge, das Scheitern des Kindes und seine wahrscheinliche spätere Kriminalität verhindern. Die Rednerin beantragte daher im Namen ihrer Fraktion die Schaffung eines "Vereines für Erziehungshilfe", dem analog dem "Verein für Bewährungshilfe" die Führung der Erziehungshilfe für gefährdete Jugendliche überlassen werden soll. Dieser Verein solle durch die Gemeinde Wien gefördert werden. (may)

Vorbildliche Jugenderziehung

Die vorbildliche, von aller Welt anerkannte Wiener Jugenderziehung illustrierte die nächste Debattenrednerin, GR. Franziska Fohler (SPÖ). In städtischen Kindergärten stehen derzeit 26.100 Plätze zur Verfügung, zuzüglich der privaten Kindergärten sind dies 33.700 Plätze - was einer 62prozentigen Bedarfsdeckung gleichkommt. Bis zum Jahr 1980 wird die Bedarfsdeckung auf 80 Prozent gehoben sein.

Der Bau neuer Kindergärten und -tagesheime ist in folgenden Wiener Bezirken vorgesehen: zwei im 2. Bezirk, einer im 11., einer im 20., drei im 21. Bezirk sowie je einer in den Bezirken 22 und 23.

In der Kindergärtnerinnen-Schule wurde die Anzahl der Klassen von neun auf zwölf erhöht, derzeit werden 363 Schülerinnen ausgebildet.

In den Kindergärten wird auch für das leibliche Wohl der kleinen Schützlinge gesorgt: 18.000 Kinder erhalten täglich - mit Ausnahme der Monate Juli und August - Mittagessen und Jause. Im Jahr sind das 3,8 Millionen Essensportionen, von denen 277.000 in den Kindergärten selbst gekocht werden.

Die privaten Kindergärten werden durch Kostenzuschüsse gefördert. Sie beliefen sich 1973 auf 32,4 Millionen S, betrug im Vorjahr 39 Millionen S, während für heuer ein Betrag von 44,5 Millionen S vorgesehen ist.

Die Zahl der Pflegekinder in Adoptivfamilien belief sich 1974 auf 2.204 Kinder, davon 1.191 in der Steiermark; darüber hinaus wurden 344 Kinder von 63 Großfamilien betreut.

Im Vorjahr wurde das Pflegegeld auf 1.200 Schilling im Monat erhöht, in Großfamilien auf 1.400 Schilling; zuzüglich leistet die Stadtverwaltung zweimal jährlich einen Bekleidungsbeitrag in Höhe von 1.500 Schilling. (we)

Schulbau und Schulversuche

GR. Prof. Bittner (CVP) stellte die Frage, warum sich Wien einen relativ aufwendigen Schulbau leisten müsse - es gibt derzeit 24 Baustellen -, obwohl die Bevölkerung zahlenmäßig abnimmt. Er kam dabei zu dem Schluß, daß dies durch die Stadterweiterung notwendig sei, wobei zunächst ein starker Bedarf an Schulen gegeben wäre, der jedoch spätestens in fünfzehn Jahren in diesen Neubaugebieten rapid abnehme. Die Schulverwaltung müsse - so erklärte der Redner - die Sünden der Stadtplanung büßen. Man könnte sich viele Schulneubauten ersparen, wenn es mehr Stadterneuerung statt Stadterweiterung gäbe. Bittner nahm auch zur Ausstattung in den Schulen Stellung und meinte, daß im Sinne eines modernen, mediengerechten Unterrichts noch sehr viel nachzuholen sei (zum Beispiel die Möglichkeit der Verdunkelung der Klassen, der Einsatz von Allfilmgeräten in größerem Ausmaß als bisher usw.).

GR. Bittner erklärte, daß die CVP keineswegs gegen Schulversuche ist. Aber er wandte sich gegen die - wie er sagte - vorzeitige Aussage des GR. Wiesinger, wonach die Gesamtschule der AHS gleichwertig sei. Man müsse doch länger Erfahrungen sammeln, um ein endgültiges Urteil abgeben zu können. Das gelte zum Beispiel auch für den bereits intensiv betriebenen sprachlichen Vorschulunterricht (Englisch). Im Gegensatz zu GR. Wiesinger, der gemeint habe, daß eigentlich nur in Wien Schulversuche durchgeführt werden, wies Bittner daraufhin, daß an den Schulversuchen auch was den Gesamtschulversuch betrifft, alle österreichischen Bundesländer beteiligt sind. (am)

Neue Jugendzentren

Mit der Kritik von Debattenrednern, daß bei der Kinder- und Jugendbetreuung in Wien zu wenig getan werde, setzte sich GR. Hanke (SPÖ) auseinander und stellte ihr die umfangreiche Tätigkeit des Landesjugendreferats und des Vereins "Wiener Jugendkreis" gegenüber. Gerade diese Institutionen leisteten einen wesentlichen Beitrag, die Jugend der Reizüberflutung durch die Massenmedien zu entziehen und für eine sinnvolle Freizeit-tätigkeit zu gewinnen. Nicht weniger als acht Jugendzentren seien bereits in Betrieb, zwei davon im vergangenen Jahr neu eröffnet worden, und zwar im 13. und 21. Bezirk. Als neuer Typ der Jugendaktivität sei das erste Wiener Jugendcafe gegründet worden. Acht weitere Jugendzentren seien im Bau, und zwar in wesentlichen Ballungsgebieten, wie etwa in Floridsdorf, wo die ehemalige Mautner-Villa ausgebaut werde. Freilich sei die Installierung der Jugendzentren nicht ohne Probleme. Vor allem die Standortfrage sei nicht immer befriedigend gelöst worden. Es sei zweckmäßiger, die Jugendzentren nicht in Häusern der Begegnung unterzubringen, sondern an Stellen, wo sich die Jugendlichen möglichst ungestört und freizügig bewegen könnten. Neue Wege würden auch bei der Gestaltung der Jugendzentren durch aktive Mitarbeit der Benützer begangen werden. Um profilierte Mitarbeiter für diese Jugendarbeit zu haben - animateure oder "Berufsfreizeitpädagogen" - habe man in Wien die erste Jugendleiterschule geschaffen, die vom Bundesjugendring bereits den anderen Bundesländern als Vorbild empfohlen worden sei. An weiteren großen Aktivitäten des Landesjugendreferates nannte der Redner die Winterferienwoche mit 60.000 Teilnehmern, das Wiener Ferienspiel mit 70.000 bis 80.000 Teilnehmern, das Maifest, das zehntausende Familien zur Teilnahme bewog. Eine neue Aktion stelle heuer der Ferienklub 75 dar. Insgesamt könnten die 8,7 Millionen S für diese Tätigkeiten als sinnvoll investiert angesehen werden. (smo)

Schlußwort

Zu Beginn ihres Schlußwortes sprach Berichterstatterin Vizebürgermeisterin Gertrude Fröhlich-Sandner ihr Bedauern über die Haltung der ÖVP aus. Die angekündigte Ablehnung des dritten Hauptstückes durch die ÖVP-Gesamtfraktion komme auch einem Mißtrauen gegenüber den ÖVP-Mandataren im zuständigen Gemeinderatsausschuß gleich, die den meisten der dort im Laufe des Jahres eingebrachten Anträgen zugestimmt hätten. Auf einzelne Punkte der Kritik eingehend, betonte die Berichterstatterin, daß ihre Geschäftsgruppe bei der Frage der Bewertung der Förderungswürdigkeit besonders sorgfältig vorgehe. Deswegen werde das Kontrollamt schon vor der Vergabe der Subventionen zur Überprüfung eingeschaltet. Ein sorgfältigeres Umgehen mit Steuergeldern sei kaum mehr vorstellbar. Was die Mehrausgaben an Subventionen im Jahr 1974 betreffe, so sei diese wohl durchaus zu rechtfertigen, wenn man wisse, daß sie verursacht wurde durch Mehrausgaben von einer Million Schilling für die Volksbildung, zwei Millionen Schilling für die Ludwig Boltzmann-Gesellschaft, drei Millionen Schilling für das Theater an der Wien, zwei Millionen für das Theater der Jugend und eine Million für die Aktionen der Winterferienwoche.

Was die Verwendung des Kulturschillings betreffe, so spreche das Gesetz ausdrücklich von der vorwiegenden Verwendung für Altstadtzwecke. 1974 seien auf diese Art 34,680.520 Schilling für Altstadterhaltung verwendet worden.

Zur Frage, warum die kulturelle Aktivierungskampagne nicht mit den Einrichtungen der Volksbildung durchgeführt werde, stellte die Berichterstatterin fest, daß die bewährte Institution der Volksbildung nicht ihren Rahmen sprengen könne und daher die Kulturverwaltung neue Helfer für ihre neuen Zielsetzungen suchen mußte.

Im Hinblick auf die Heranführung der Jugend zu Bildung und Kultur wies Frau Fröhlich-Sandner auf die zahlreichen Aktivitäten, wie die eigenen Kinderführungen im Historischen Museum der Stadt Wien, das Theater der Jugend, das auf der ganzen Welt nicht seinesgleichen habe, die Musikveranstaltungen für die Schuljugend und die kulturelle Aktivierung durch das Ferienspiel, hin.

Was die Filmförderung betreffe, so habe das Kulturamt bereits 1975 den neuen Weg der Verlagerung der Gelder auf die Studierenden beschritten, und der diesbezügliche, heute eingebrachte Antrag der ÖVP könne als eine Art nachträgliche Anerkennung betrachtet werden. Zur Literaturförderung sagte die Berichterstatterin, daß hier durch das neue literarische Zentrum in der Alten Schmiede, den Ankauf von Büchern durch die Büchereien und die Aktivitäten des Verlages für Jugend & Volk sehr viel geschehe. Der beste Weg zur Literaturförderung sei aber der über das Schulbuch, wie ihn die Sozialistische Regierung gehe.

Zum Problem der Schulen verwies die Berichterstatterin auf den Umstand, daß die zur Geschäftsgruppe III gehörende Schulverwaltung für die Schulen nur die räumlichen Voraussetzungen schaffen könne. Dieser Aufgabe sei sie trotz dem enormen Bedarf in der Vergangenheit gerecht geworden und wie schon einige Beispiele - Schule im Lichtental, Hauptschule in der Pfeilgasse - bewiesen, werde sie dies auch angesichts der Stadterneuerung tun.

Zu den Angriffen auf das Jugendamt bemerkte die Berichterstatterin, daß es wohl richtig sei, daß 1974 ein Teil der veranschlagten Baukosten nicht benötigt wurde, weil der Baubeginn zu spät erfolgte. Dank des milden Winters und intensiverer Bemühungen der Baufirmen könne aber trotzdem die rechtzeitige Fertigstellung garantiert werden. In bezug auf die von GR. Dr. Flemming geübte Kritik an der Personalsituation des Jugendamtes, betonte die Berichterstatterin, daß das Verhältnis Kinderzahl zu Erziehern in den Heimen der Stadt Wien günstig sei. So lauten die Verhältniszahlen Kind zu Erzieher im Zentralkinderheim 1,02:1, im Heim Lindenhof 1,21:1, im Heim Rochusgasse 1:1 und im Heim Klosterneuburg 2,20:1. Die Größe der Gruppen betrage in Säuglingsheimen sechs bis acht Kinder, in Heimen für Vorschulkinder sechs bis acht Kinder, in Einrichtungen für die Schulkinder 12 bis 15 und schließlich in Heimen für Jugendliche 14 bis 16.

Abschließend gab die Berichterstatterin ihrer Befriedigung darüber Ausdruck, daß bei der Erstellung des Fremdenverkehrskonzeptes für Wien trotz verschiedener Interessen ein gemeinsamer Weg gefunden werden konnte. Sie knüpfte daran die Hoffnung, daß nie wieder die ÖVP aus wahltaktischen Gründen ein dem

Fremdenverkehr sicher schädliches, negatives Wien-Image propagieren werde.

Abstimmung: Der Rechnungsabschluß für die Geschäftsgruppe III wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Die Anträge der ÖVP wurden einstimmig an den zuständigen Gemeinderatsausschuß weitergeleitet. (may)

Umwelt und öffentliche Einrichtungen

Wien erhält neues Naturschutzgesetz

Das Bundesland Wien erhält ein neues Naturschutzgesetz. Dies kündigte Stadtrat Peter Schieder (SPÖ) in seinem Bericht über den Rechnungsabschluß seiner Geschäftsgruppe "Umwelt und öffentliche Einrichtungen" an. Das Naturschutzgesetz habe sich in der Realität fast als praktikabler als das Baumschutzgesetz herausgestellt. Im letzten Naturschutzbeirat sei der Beschluß gefaßt worden, nun ein neues Gesetz auszuarbeiten, das noch besser den Bedürfnissen unserer Zeit gerecht wird und insbesondere die Veränderung der Fauna und Flora der letzten Jahrzehnte berücksichtigt.

Bei der Umweltpolitik habe es im vergangenen Jahr eine Summe kleiner Erfolge gegeben. Das Verbot der Salzstreuung auf den Straßen, eine umfassende Bestandsaufnahme über die Umweltsituation, des Qualitätszustandes der Wiener Luft und der Suche nach den Luftverschmutzern, das Verbot der Benützung von Rasenmäähern am Wochenende und ein internationales Umweltschutzseminar seien nur einige Beispiele für die positiven Initiativen, bei denen es darum ging, nicht zuletzt auch die einzelnen Anregungen des Umweltbeirates Zug um Zug zu verwirklichen.

Ein Schwerpunkt der Tätigkeit im Jahr 1974 sei der Beginn der Arbeiten für den Bau der Dritten Wiener Wasserleitung gewesen. Der Startschuß sei zwar erst 1975 erfolgt, die Vorarbeiten aber dafür seit Jahren im Gange.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit sei den städtischen Bädern gewidmet. Hier stünde die Arbeit der Bäderkommission im Vordergrund. Alle Initiativen seien darauf abgestellt ge-

wesen, den Großstädtern zu einer besseren Nutzung der vorhandenen Flächen und zu besseren Freizeitmöglichkeiten zu verhelfen. In allen Beratungen und Überlegungen seien auch die Privatbäder-Besitzer und Vertreter der Wirtschaftskammer einbezogen gewesen. Die ersten Ergebnisse zeigten, meinte Schieder, daß die Zusammenarbeit fruchtbar und erfolgreich gewesen sei. Sein Dank gelte insbesondere den Gemeinderäten aller Fraktionen, die sich für die Arbeit in den verschiedenen Kommissionen und Arbeitsgruppen - so auch in der Friedhofskommission - zur Verfügung gestellt hatten.

Zur Abschleppaktion meinte der Stadtrat, daß kleine Mängel die Notwendigkeit nicht schmälern könnten. Das Abschleppen sei im Interesse der Sicherheit des Lebens der Bewohner auch weiterhin unbedingt notwendig. Allerdings werde man versuchen, die in der Vergangenheit aufgetauchten Mängel abzustellen. Bei einem Gipfelgespräch in der zweiten Juli-Hälfte mit Vertretern des Magistrates und der Polizei soll diese Aktion auf Fehler überprüft werden. Schieder deutete an, daß auch die Kosten des Abschleppens eventuell neu festgesetzt werden.

Die Sicherheit der Bevölkerung stehe auch in anderen Bereichen im Mittelpunkt aller Überlegungen. Ein Katastrophenschutzgesetz werde in absehbarer Zeit fertig gestellt. Für das Zustandekommen dieses Gesetzes gebühre den damit befaßten Gemeinderäten, dem Bundesheer, der Polizei und der Feuerwehr großer Dank.

Schieder bat um Verständnis dafür, daß die Wiener Feuerwehr bei Hochhausbauten besonders strenge Richtlinien verlange. Dies sei keine Schikane, sondern entspräche dem obersten Gebot in dieser Stadt, den Schutz des Lebens zu garantieren und den Menschen als Maß politischer Arbeit zu nehmen. Schieder kündigte an, daß man eventuell auch bei der Überbauung von Bahnhöfen neue Gesichtspunkte berücksichtigen werden müsse. Es wäre unverantwortlich der Überbauung zuzustimmen, wenn unterhalb der Gebäude auf den Schienen Waggons mit gefährlichen Gütern rollten.

Als sechsten und letzten Schwerpunkt der Arbeit in seiner Geschäftsgruppe im abgelaufenen Jahr nannte Schieder die Reorganisation der Information durch die Stadtverwaltung. Sie sei grundsätzlich auf das Ziel ausgerichtet, den Bürgern mehr Hilfe, mehr Service und mehr Anregungen zu geben. Die ausgebaute Rathaus-Information beweise, daß das Informationsbedürfnis in der Bevölkerung sehr groß sei.

Die Wien-Information, ein Postwurf an alle Haushalte, habe mit Propaganda nichts zu tun. Sie unternehme den Versuch, den Bewohnern die Möglichkeiten aufzuzeigen, die durch Serviceeinrichtungen der Stadt geboten werden.

Auch die Neugestaltung von "wien aktuell" sei unter diesem Aspekt zu sehen. In dieser Monatszeitung, in der der Diskussion weiter Raum gewidmet wird, sollen Denkanstöße vermittelt werden, im Sinne von Bürgermeister Leopold Gratz, den Bürger zum Mitdenken und zum Mitarbeiten anzuregen.

Es gelte, in dieser Stadt den Beweis zu führen, daß das Zusammenleben im urbanen Bereich humanitär, sinnvoll und schön sein kann. Die besten Einrichtungen eines Gemeinwesens nützten jedoch nichts, wenn die Bevölkerung sie nicht kenne, meinte der Stadtrat. Die Information sei daher eines der wichtigsten Instrumentarien dafür, daß diese Beweisführung auch gelingt. (rp)

Zuwenig und zuviel

Als erster Debattenredner meldete sich GR. Dkfm. Bauer (FPÖ) zu Wort und kritisierte, daß die Ausgaben in dieser Geschäftsgruppe vor allem bei Kanalbauten, für die etwa 45 Millionen S ausgegeben wurden, dem eigentlichen Bedarf nachhinken. Seine weitere Kritik richtete sich gegen den Presse- und Informationsdienst, wobei er ausdrücklich hervorhob, daß sich diese Kritik nicht gegen die dort Beschäftigten richte, sondern der Presse- und Informationsdienst eine Propagandaflut losläßt, die nur geringen Informationswert habe. Dann verglich er die Ausgaben für Kindergartenbauten (35 Millionen S), die im Gegensatz zu den Ausgaben des PID in Höhe von 45,6 Millionen S, zu gering erscheinen. Allein die Kosten für die Personalwerbung seien um fünf Millionen S überschritten worden.

Zum Kontrollamtsbericht, dessen Arbeit die Anerkennung seiner Fraktion genieße, meinte der Redner, daß dieser Bericht gezeigt habe, daß in der Geschäftsgruppe VI nicht mit der notwendigen Sorgfalt umgegangen wurde. Auch die WIG hätte nicht den gewünschten Erfolg gebracht. (ka)

Katastrophenschutzgesetz urgiert

GR. Köchler (ÖVP) beschäftigte sich in seinem Debattenbeitrag sehr eingehend mit Problemen des Katastrophenschutzes, wobei er das schon mehrmals angekündigte Katastrophenschutzgesetz für Wien urgierte. Weiter setzte er sich mit Fragen der Bevorratung und der Planung von Schutzräumen, etwa beim U-Bahn-Bau und beim Bau von Tiefgaragen, auseinander. Zum Kapitel Sicherheit: Hier sprach er sich für eine Verstärkung des derzeitigen Rayonsdienstes und eine Verbesserung des Verhältnisses zwischen Exekutive und der Bevölkerung aus.

Sperrfriedhöfe und Informationswesen

GR. Dr. Glatzl (ÖVP) nahm zu Fragen des Friedhofwesens, hier im besonderen zum Problem der Sperrfriedhöfe, Stellung. An Stadtrat Schieder stellte er dabei die Frage nach der Höhe der Kosten für die weitere Erhaltung der Sperrfriedhöfe.

Über die Tätigkeit des Kontrollamtes äußerte sich Glatzl sehr positiv, deponierte aber die Notwendigkeit, dieses Kontrollorgan künftighin weisungsunabhängig vom Bürgermeister zu machen.

Zum Presse- und Informationsdienst: Noch immer bestehe, seiner Meinung nach, mangelnde Transparenz bei dieser für das Informationswesen zuständigen Abteilung. Während er einerseits im Laufe seiner weiteren Ausführungen Kritik an den hohen Kosten für diese Magistratsabteilung übte, hob er die Gestaltung der seit Anfang des heurigen Jahres neuerscheinenden Publikation "wien aktuell" als sehr positiv hervor.

Zum Kabel-TV: Seiner Meinung nach sollte es hier kein Monopol sondern vielmehr einen gesunden Pluralismus geben. Abschließend sprach sich der Debattenredner für eine stärkere Ausschöpfung der Möglichkeiten des Baumschutzgesetzes aus. Ebenso forderte er ein schärferes Vorgehen gegen das sogenannte "wilde Plakatieren" im Stadtgebiet. (zi)

Trinkwasser und Badeseen

Die Trinkwasserverseuchung in der Lobau nahm Gemeinderat DDr. Strunz (ÖVP) zum Anlaß, die Stadtverwaltung aufzufordern, mehr für die Sicherheit des Wiener Trinkwassers zu tun. Außerdem regte Strunz an, bereits jetzt nach neuen Wasserhoffnungsgebieten zu suchen.

Zum Thema Badeseen meinte der Redner, sie werden sicherlich noch für die Bevölkerung an Reiz gewinnen. Viele Leute ziehen eben das Baden in natürlichen Gewässern vor. Es erschütterte ihn, daß entlang der Bundesstraße 17 vom Stadtrand Wiens bis Wiener Neudorf nach einer Untersuchung der Wiener Ingenieur- und Architektenkammer 14 Badeseen zugeschüttet worden seien. Hier habe eindeutig die Regionalplanung versagt.

Dafür, daß nun eine zusätzliche Filteranlage an der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig eingebaut werde, sei er sehr dankbar. Die Errichtung dieser Rauchgas-Waschanlage sei vor allem der Initiative seiner Partei zu danken. Strunz brachte einen Antrag auf die Errichtung von Versuchsanlagen für die weitere Verbesserung der Abgase aus Müllverbrennungs- und Fernheizanlagen ein.

Der Redner beklagte sich, daß der Umbau der Heizanlage im Rathaus zu lange dauere. Der Pressedienst der Stadtverwaltung habe sich vor längerer Zeit in einer Aussendung darüber lustig gemacht, daß der Bundesregierung am Ballhausplatz die Wichtigkeit der Luftreinhaltung so eindringlich vor Augen geführt werde - in dem Bericht hatte es geheißen, daß die SO₂-Konzentration am Ballhausplatz am höchsten gewesen war -, man hätte sich aber ruhig der "Rußfabrik im eigenen Haus" widmen können. Von der Außenluft zur Innenluft: die trockene Luft in den Schulen bringe höhere Infektionsgefahr, die Installierung von Luftbefeuchtern wäre dringend notwendig. Strunz brachte einen diesbezüglichen Antrag ein.

Abschließend deponierte der Redner, daß seine Partei dem Rechnungsabschluß dieser Geschäftsgruppe nicht die Zustimmung geben könne. (rp)

Umwelt und Lebensqualität

Materieller Wohlstand und Lebensqualität müßten sich nicht unbedingt negativ auf die Umwelt auswirken, stellte GR. Schemer (SPÖ) in seinem Debattenbeitrag fest. Die Situation auf den Straßen könnte unschwer verbessert werden, wenn Geschwindigkeitsbeschränkungen strikt eingehalten würden. Um dies durchzusetzen, wären drakonische Strafen notwendig, in letzter Konsequenz die Entziehung des Führerscheins.

Mit dem Baumschutzgesetz habe die Gemeindeverwaltung die Voraussetzung geschaffen, daß der Wiener Baumbestand gegen

Schlägerung gesichert ist. Weiterhin gefährdet sind jedoch die Alleebäume durch die Salzstreuung im Winter, obwohl deren Einschränkung angeordnet wurde. Zur Vermehrung der "Grünen Lungen" hat die Stadtverwaltung heuer 200.000 Büsche und Bäume ausgepflanzt. Mit 69 Quadratmeter Grünfläche je Einwohner besitzt Wien mehr Park- und Gartenanlagen wie viele andere Großstädte. Nächstes Ziel ist es, den Grüngürtel auf 100 Quadratkilometer auszuweiten.

Als Gegenmaßnahme gegen die Zunahme der in den Straßen abgestellten Autowracks sollte eine Gesetzesnovelle erwogen werden, nach der jeder Autofahrer bei der Abmeldung eines Kraftfahrzeuges anzugeben hätte, was mit dem Auto geschehen ist.

Der Trinkwasserverbrauch stieg gegenüber 1973 um 2,8 Millionen Kubikmeter. Im Vorjahr wurden 190 Millionen Kubikmeter Trinkwasser verbraucht, 65 Prozent dieser Menge wurden von den beiden Hochquellenleitungen geliefert.

Die Straßenreinigung wird durch 400.000 nächtlicherweise abgestellte Autos stark erschwert. Insgesamt müssen 19 Millionen Quadratmeter öffentliche Verkehrsflächen gereinigt werden. Gegen Straßenverunreiniger sollte wesentlich strenger vorgegangen werden.

Autobahnprobleme

Als letzter Debattenredner forderte GR. Mayr (ÖVP), daß die Straßenoptimal im Sinne des Umweltschutzes ausgebaut werden. Dies sei vielfach nicht der Fall. Die Nord-Süd-Tangente weise im Bereich des Laaer Berges mehrere Fehler auf, die Südautobahn verlaufe stellenweise in Hochlage neben Wohnhäusern. Auch bei der Stranzenbergbrücke gebe es Wohnungen mit Fenstern im Straßenniveau; die Anpflanzung einiger Pappeln habe sich dort als unwirksam erwiesen. (we)

Schlußwort

In seinem Schlußwort beschränkte sich Stadtrat Schieder auf die Richtigstellung verschiedener Unklarheiten und gab ergänzende Informationen zu in der Debatte angeschnittenen Problemen. GR. Bauer (FPÖ) warf Schieder Ungenauigkeit in einzelnen Belangen vor. Zur Kritik, daß FPÖ-Mandatäre in Wien Aktuell nicht

immer ihre Meinung äußern könnten, meinte der Stadtrat, die Redaktion von Wien Aktuell entspräche damit nur einer Anregung der FPÖ, in dieser Publikation nicht immer dieselben Leute zu Wort kommen zu lassen. Man könne nicht ihn, Schieder, dafür verantwortlich machen, daß die FPÖ nicht mehr Mandatare in Wien habe.

Zum Vorwurf, die Fertigstellung des Katastrophenhilfegesetzes dauere zu lang: der von der Feuerwehr ausgearbeitete Entwurf sei seit langem fertig, die Koordinierung zwischen Bundesheer, Bundesfeuerwehr und anderen Dienststellen sei unbedingt notwendig. Daher dauere es etwas länger. Zum Vorwurf, für den Lärmschutz werde zu wenig getan: Es seien einige Versuche im Gange - beispielsweise in der Mitterhofgasse im 21. Bezirk - durch Lärmschutzwälle die Belästigungen auf ein Minimum zu beschränken. Der weitere Bau von Forststraßen sei vor allem deswegen notwendig, um der Feuerwehr bei Waldbränden die Zufahrt zu ermöglichen und dem Forstbetrieb die Bewirtschaftung zu erlauben. Schieder gab die Versicherung ab, daß diese Forststraßen jedoch auch in Zukunft abgeschrankt bleiben und nicht dem Touristenverkehr dienen werden.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Morgen Mittwoch, wird um 9 Uhr zunächst eine kurze Sitzung des Wiener Landtages stattfinden. Im Anschluß daran wird die Debatte über den Rechnungsabschluß fortgesetzt. Auf der Tagesordnung: Kapitel V (Stadtgestaltung und Verkehr) und Kapitel IV (Soziales und Gesundheit). (rp)

Unterbrechung des Sitzungsberichtes